Nummer 174

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: H. Ronglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 70. Jahrgang Mittwoch, 15. April 1925

Für Hindenburg!

Die Barmat-Untersuchung wieder im Gange.

Richter, Bauer, Heilmann, Wels u. a.

Als erster der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse hat heute nach den Osterferien der Barmatausschuß des Reichstages seine Verhandlungen wieder aufgenommen. Damit kommen erfreulicherweise diese Angelegenheiten wieder in Fluß. Sie waren in den letzten Wochen dank der Tätigkeit der sozialistischen Abgeordneten, besonders im Barmatausschuß des Landtages, bedenklich in Gefahr gewesen, zu versacken. Wir hoffen, daß alle Untersuchungsausschüsse im Reich und in Preußen nunmehr mit äußerster Energie und Konsequenz arbeiten werden, auch ohne unnötigen Zeitverlust, damit sich in der Wählerschaft nicht der Eindruck befestigt, als ob die Zeit bis zum 26. April eine Art „Schonzeit" bleiben solle.

Wir möchten an die Untersuchungsausschüsse auch die Bitte richten, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß **alle in Betracht kommenden Behörden mit der strafrechtlichen Aufklärung der Skandale betrauten Stellen keine Schwierigkeiten machen, sondern jede gewünschte Hilfe leisten.**

Es wird uns z. B. das Gerücht mitgeteilt, das Berliner Polizei-Präsidium habe den

beiden Chauffeuren des ehemaligen Polizeipräsidenten Richter

die Genehmigung zur Aussagung vor der Staatsanwaltschaft versagt. Ein solches Verhalten des Polizei-Präsidiums, an dessen Spitze gegenwärtig Herr Friedensburg steht, würde eine ganz unbegreifliche und unseres Erachtens völlig unverantwortliche Erschwerung der Untersuchung im Falle des Polizeipräsidenten Richter bedeuten. Wir können es deshalb nicht für möglich halten, glauben aber, daß die parlamentarischen Ausschüsse und die anderen zuständigen Behörden sich auch sofort um solche Gerüchte kümmern sollten.

Die heutige Sitzung des Barmatausschusses des Reichstages

eröffnet nach 10 Uhr der Vorsitzende Sänger. Er teilte mit, daß nach einer Vereinbarung mit dem Landgerichtspräsidenten am kommenden Freitag und Sonnabend im großen Schwurgerichtssaal in öffentlicher Sitzung Julius Barmat durch den Untersuchungsausschuß vernommen werden soll.

Der Ausschuß beschließt nach Verlesung eines Sitzungsberichts des Verwaltungsrats der Reichspost, einen Kaufmann Schnell in München durch Vermittlung des zuständigen Münchener Amtsgerichts darüber zu vernehmen, **an welche im politischen Leben stehende Persönlichkeiten von Barmat oder seiner Firma Amexima Liebesgaben gesandt wurden.** Schnell war früher bei Barmat tätig.

Abg. Dr. Schneider (Dnatl.): Der Abgeordnete Scheidemann hat in einem Brief an den Ausschuß bestritten, daß er jemals Zuwendungen von Barmat bekommen habe. In der Presse ist später das Gegenteil behauptet worden. Kann der Brief verlesen werden?

Vorf. Sänger: Mir liegt ein solcher Brief nicht vor.

Der Vorsitzende verliest dann ein Schreiben des Direktors der Privat- und Diskonton-Bank, Dr. Fleischmann, aus Cannes, in dem Dr. Fleischmann sein Nichterscheinen zur Vernehmung damit entschuldigt, daß ihm die Ladung verspätet zugegangen sei.

Hierauf wird als Zeuge Direktor Vetter vom Hotel Bristol vereidigt und vernommen.

Vorf. Sänger: Sind in Ihrem Hotel von Barmat größere Festlichkeiten und Essen veranstaltet worden und wer war regelmäßig oder manchmal von bekannten politischen Persönlichkeiten Teilnehmer?

Zeuge Vetter: Herr Barmat wohnte von 1921 bis etwa 1923 bei uns. Er selbst hat sehr einfach gegessen, **ein gebratener Hering und Gänsebraten war fast regelmäßig sein Mittagessen.** Größere Festessen hat er nur zweimal aus Anlaß von Familienfeiern gegeben. Von bekannten Persönlichkeiten haben nach meiner Kenntnis nur Polizeipräsident Richter und Abg. Heilmann daran teilgenommen, die auch fast täglich bei ihm waren. Diese beiden Herren haben mit Barmat im Restaurant oder auf seinem Zimmer gegessen und Herr Barmat hat die Rechnung bezahlt.

Vorf. Saenger: Können Sie sich erinnern, was gegessen worden ist? (Heiterkeit!) — Zeuge: An Einzelheiten kann ich mich nicht mehr erinnern. — Vorf.: Wir wollen uns ja auch nicht den Mund wäßrig machen lassen. Sie müssen doch wissen, was man unter Schlemmen versteht, ist bei den Essen, die Barmat gegeben hat und die er für andere bezahlt hat, geschlemmt worden?

Zeuge Vetter: Nein, im Restaurant nicht. Bei den beiden Familienfestlichkeiten wurde das übliche Menü für solche Gelegenheiten genommen. Im Restaurant, wenn die Herren Heilmann und Richter mit Barmat speisten, hat sich jeder sein Essen nach der Karte herausgesucht. Dazu wurde ein anständiger Wein getrunken, meist ein Pfälzer. Ueber das Essen auf dem Zimmer wird Direktor Ebert vom Adlon-Hotel Auskunft geben können, der damals Etagendirektor in unserem Hotel war.

(Fortsetzung siehe 2. Seite.)

Ein Aufruf an die Jugend.

Der Wandertag für Hindenburg.

TU Berlin, 15. April.

Der Reichsblock erläßt folgenden Aufruf:

Auf zum Reichswandertag am 19. April. Deutsche Jugend in Stadt und Land! Das Opfer, das der ehrwürdige Feldmarschall Hindenburg mit der Annahme der Kandidatur zum Reichspräsidenten dem deutschen Volke gebracht hat, galt vor allem auch Dir, deutsche Jugend. Deine Jugend soll sich in einem reineren, lauteren, deutschen Leben entwickeln, als es Dir die Zeit der letzten Jahre mit ihrer Parteizerrissenheit und Korruption geboten hat. Für Dich vor allem will Hindenburg die Ruhe seines Lebensabends hingeben. Dein Idealismus muß und wird diese deutscheste Tat Deines Heldenvorbildes in ihrer ganzen Größe ermessen. Darum muß der letzte Sonntag vor der Wahl im Zeichen des Wollens der deutschen Jugend für ihren Vater Hindenburg stehen. Wo deutsche Jungens und deutsche Mädels, wo Männer und Frauen der nationalen Bewegung in deutschen Landen wohnen, da sollen sie mit ihren Fahnen und Bannern, mit Lautenklang und Liedersang hinauswandern auf die Dörfer und Gehöfte, durch die Straßen der Städte und ihren hellen Begeisterungsruf aus reinem Herzen an jedes noch so zerstörte deutsche Herz erklingen lassen. Wir wollen unsern Vater Hindenburg als Führer des Volkes an die höchste Spitze. Denn die deutsche Jugend will Ehrfurcht und Liebe empfinden zum Führer des deutschen Volkes. Heil unserm Vater Hindenburg.

In dem Aufruf der Deutsch-völkischen Studentenvereinigung

zur Wahl Hindenburgs heißt es u. a.: „Noch nie war der Ruf nach dem großen Führer im deutschen Volke so laut und eindringlich wie in diesen Tagen, da es gilt, das Oberhaupt des deutschen Reiches zu wählen. In entscheidender Schicksalsstunde trat jener Mann wieder mitten unter uns, dem seit Jahren unser heißer Dank und unsere tiefste Verehrung gebühren. Hindenburg. Sein Name wird Deutschland wieder Achtung in der Welt verschaffen. Sein Wirken an der Spitze des deutschen Volkes wird uns wieder ein Vorbild schenken. In dem großen Heerführer des Weltkrieges soll sich der Schrei eines geknechteten Volkes nach Freiheit verkörpern, der für uns mehr ist als das Symbol einer ruhmvollen Vergangenheit. Wir wissen, Kommilitonen, daß es keiner besonderen Aufforderung bedarf, um Euch den Weg zu weisen, den Ihr bei der Wahl zu gehen habt. Doch eines wollen wir nicht versäumen, und deshalb wenden wir uns an Euch. In Stadt und Land geht hinaus an diesen Tagen unter die Bevölkerung und sagt Euren Brüdern und Schwestern, um was es geht. Wählen allein genügt nicht. Es ist unsere Aufgabe, mit aller Kraft um unseren Hindenburg zu kämpfen. Es lebe Hindenburg! Es lebe Großdeutschland!"

Die Wahlmache gegen Hindenburg übertrieben und unverständlich.

Ein objektives Urteil englischer Kreise.

London, 15. April.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" führt aus, Hindenburg habe sein Pflichtbewußtsein bewiesen, als er zur Zeit des deutschen Zusammenbruches seinem Kaiser die Notwendigkeit, sich im Interesse des Landes zurückzuziehen, vorgestellt und selbst trotz seiner Traditionen und Vorurteile fortgefahren habe, unter einer sozialistischen Regierung seinem Lande ebenso redlich zu dienen wie unter seinem königlichen Herrn. Im Hinblick auf seine Vergangenheit habe Hindenburgs Kandidatur an und für sich in politischen Kreisen keine ernsten Besorgnisse ausgelöst. In britischen Kreisen, deren einziges und dringendes Ziel die Wiederherstellung gegenseitigen Vertrauens und guten Willens zwischen Siegern und Besiegten aus dem großen Kriege sei, erscheine vielleicht die große Gereiztheit, die Hindenburgs Kandidatur hervorgerufen habe, übertrieben und unverständlich, aber diese Gereiztheit sei ein wichtiger Faktor, den die Politiker und Staatsmänner notwendigerweise in Rechnung stellen müßten, wenn sie die Aussichten für eine baldige Regelung durch Einvernehmen oder überhaupt durch eine friedliche Lösung abschätzten.

Die „Westminster Gazette" sagt in einem Berliner Bericht über den Wahlfeldzug für Hindenburg, daß nach den letzten Nachrichten aus Bayern und der Pfalz einflußreiche Kreise der demokratischen Partei die Unterstützung der Kandidatur Marx wegen der Gegnerschaft der demokratischen Partei gegen das katholische Zentrum ablehnen. Ebenso wären die Sozialisten auf dem linken Flügel gegen eine Kandidatur Marx eingenommen. Die Erklärungen Hindenburgs finden den Beifall des Berichterstatters. Hindenburgs Ansichten wären sehr vielversprechend.

— **Die entscheidende Vollsitzung des Reichsrats,** die zu den Steuervorlagen und den Aufwertungsgesetzen endgültig Stellung nehmen soll, ist nunmehr auf Mittwoch, den 22. April, nachm. 5 Uhr, anberaumt worden. Am 17. April findet eine Vollsitzung des Reichsrats statt, die über den Gesetzentwurf „über den Lehrgang der Grundschule" entscheiden soll.

Die Jungsozialisten gegen Marx.

Nach einem Bericht der „Roten Fahne" aus Jena hat dort am ersten und zweiten Osterfeiertage die diesjährige Reichskonferenz der Jungsozialisten stattgefunden. Die Jungsozialisten sind diejenigen Parteimitglieder, die, nachdem sie die proletarische Jugendbewegung durchlaufen haben, wahlberechtigt geworden sind. Sie stellen innerhalb der Partei eine sehr einflußreiche Gruppe dar, da sich aus ihr immer wieder der Nachwuchs der Vorkämpfer entwickelt. Auf der diesjährigen Reichskonferenz wurde mit 75 gegen 45 Stimmen die Kandidatur Marx für den Reichspräsidentenposten abgelehnt und Stimmerhaltung beschlossen. Nach dem Bericht der „Roten Fahne" sind die Auseinandersetzungen so scharf gewesen, daß zeitweilig eine Spaltung zu befürchten war. Mit 71 gegen 29 Stimmen wurde ferner eine Entschließung angenommen, die sich gegen die „bürgerliche Demokratie", d. h. gegen die Koalition mit bürgerlichen Parteien grundsätzlich aussprach.

Die „Rote Fahne" mißbilligt es natürlich, daß die Jungsozialisten nicht gleich den Mut zu dem Entschluß gefunden haben, nun ganz für Thälmann einzutreten. Immerhin bezeichnet das kommunistische Blatt die jungsozialistische Bewegung nach dieser offenen Stellungnahme gegen Marx zwischen den Zeilen als eine Frucht, die bald reif sein würde, um dem Kommunismus in den Schoß zu fallen.

Der „Vorwärts" schweigt noch über dieses unerfreuliche Ereignis. Man wird aber nicht umhin können, es dem Präsidentschaftskandidaten der Sozialdemokraten, Herrn Marx, zu übermitteln, mit dem dringenden Ersuchen, sein Programm noch um einige Grade mehr nach links zu orientieren, damit der sozialistische Nachwuchs nicht der Weimarer Koalition entgleitet und den naheliegenden Weg nach Moskau einschlägt.

Widerspruch gegen Marx in Königsberg.

TU Königsberg, 15. April.

Die gestrige Rede des Reichskanzlers a. D. Dr. Marx wurde von einem Teil der Zuhörerschaft mit lebhaftem Widerspruch aufgenommen, so daß ein Teil der Ausführungen unverständlich blieb. Nach der Versammlung kam es in den an dem Versammlungslokal gelegenen Straßen und Plätzen zu Kundgebungen gegen die mit schwarz-rot-goldenen Fahnen abrückenden Reichsbannergruppen. Umfangreiche Polizeiaufgebote versuchten die Menge zu zerstreuen und die Straßen und Plätze zu säubern. Zu ernsteren Zwischenfällen ist es, soweit bisher Meldungen vorliegen, nicht gekommen.

— **Sozialisten gegen Völkerbund, Erfüllungsbereitschaft und Garantiepakt.** In den Leitartikel der heutigen Morgenausgabe hat sich ein sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen. Eines der Zitate aus dem sozialistischen Aufsatz muß richtig lauten: „Vielmehr gab es Parteien, die die Befürwortung des Dawes-Planes dergestalt betrieben, daß der Eindruck entstand, für sie sei der Plan die Heilbotschaft, der Anbruch einer besseren Zeit, eine Art Erlösung, eine prinzipielle, aus ganzem Herzen bejahte Stellungnahme. Für die Zukunft der Republik ist es vermutlich höchst verhängnisvoll, daß es gerade die republikanischen Parteien waren, die diese Politik gutheißen.

Volksabstimmung über die dänische Abrüstung.

Der Plan der Selbstverstümmler.

TU Kopenhagen, 15. April.

Der Ausschuß des Folkething für die Abrüstungsvorschläge der Regierung hat ein umfangreiches Gutachten herausgegeben. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich auf den Vorschlag der Radikalen, Heer und Flotte zu einem Wachtkorps und einer Staatsmarine zur Wahrnehmung von Dänemarks Neutralität und Völkerbundsaufgaben umzuwandeln, geeinigt. Die noch bestehenden Befestigungen werden abgebaut und die Werkstätten der Marinewerft zu gewöhnlichen Staatseinrichtungen gemacht. Private militärische Korps werden verboten. In das Wachtkorps sollen jährlich 1600 Mann eingestellt werden, die auch am Feldgeschütz ausgebildet werden. Dem Wachtkorps wird ein Fliegerkorps zugeteilt. Die bisherigen Gewehre werden beibehalten. Bei der maritimen Abrüstung kommt der Kommissionsvorschlag bei weitem nicht an den Regierungsvorschlag heran. An Stelle der drei kleineren Bewachungsfahrzeuge werden 24 vorgeschlagen und sollen hierzu die zur Verfügung stehenden Torpedo- und Unterseeboote verwendet werden. Das Minenwesen zur Sperrung des inneren Fahrwassers bleibt bestehen. Die Ausgaben werden für das Wachtkorps auf 7,3 Millionen Kronen und für die Staatsmarine auf 10,4 Millionen veranschlagt. Durch Volksabstimmung soll entschieden werden, ob das Gesetz in Kraft tritt.

Der Feldherr Hindenburg.

Von

General der Infanterie a. D. von Kuhl.

Mit Verehrung und Vertrauen blicken alle national denkenden Deutschen auf Generalfeldmarschall von Hindenburg, der sich entschlossen hat, sich für das schwere Amt des Reichspräsidenten zur Wahl zu stellen und der diesen Entschluß in seiner öffentlichen Erklärung mit so schönen Worten begründet hat. Dieses allgemeine Vertrauen zu erschüttern, hat Herr Hermann Schützinger im „Vorwärts", offensichtlich lediglich zu Wahlzwecken, versucht. Für seinen Aufsatz in dem Organ der sozialdemokratischen Partei, deren hervortretendes Mitglied Crispien bekanntlich ein deutsches Vaterland nicht kennt, mag Schützinger vielleicht Gläubige, urteilslose Leser unter den Parteiangehörigen finden. Alle anderen, die sich noch zu einem deutschen Vaterlande bekennen, werden mit Entrüstung den Angriff Schützingers gegen den Beschirmer unserer Ost- und Westgrenze, den Sieger in den glänzendsten Schlachten der Weltgeschichte, den vornehmen und edlen Mann abweisen.

Schützinger maßt sich die Rolle eines Warners an, der dem deutschen Volke den Feldherrn Hindenburg in seiner wahren Gestalt zeigen müsse. Bisher habe auch das republikanische Deutschland „aus Takt und Rücksicht auf den alten Haudegen unterlassen, den Feldherrn Hindenburg unter die kritische Lupe zu nehmen". Jetzt aber, nach Hindenburgs Präsidentschaftskandidatur, sei es „ein Verbrechen gegen das deutsche Volk und das friedlose Europa, wenn wir nun nicht die Kraft aufbrächten, über den künstlichen Nebel des einstigen Kriegspresseamtes und über den blauen Dunst neudeutscher Heldenverehrung hinweg dem deutschen Volke den Feldherrn Hindenburg zu zeigen in seiner wahren Gestalt".

Diese „Kraft" will nun Herr Schützinger „aufbringen". In einem kurzen Aufsatz verbreitet er sich über den ganzen Krieg und kommt zu einem vernichtenden Urteil über den Feldherrn Hindenburg. Um eingehende kriegsgeschichtliche Beweise bemüht er sich nicht, wohl aber stellt er unbewiesene Behauptungen auf und entstellt kriegsgeschichtlich einwandfrei festgestellte Tatsachen. Die Mangelhaftigkeit seiner Ausführungen ersetzt er durch verletzende Angriffe gegen die ehrwürdige Person des Feldmarschalls.

Schon als Divisionskommandeur, lange vor dem Kriege, soll General von Hindenburg von seinem damaligen Kommandierenden General als ein großer Pedant bezeichnet worden sein. Jeder, der den Feldmarschall im Kriege näher kennen zu lernen Gelegenheit hatte, wird mir beistimmen, daß es keine falschere Charakteristik geben kann, als diese. Er war der Mann des gesunden Menschenverstandes, ein praktischer Soldat durch und durch, der in allen Fragen den Kernpunkt gleich erfaßte und sich nie von Nebensächlichkeiten in der Durchführung seiner Entschlüsse ablenken ließ, stets den ruhigen Blick fest auf die Hauptsache richtend.

Seit er im August 1914 berufen wurde, den Oberbefehl über die 8. Armee zu übernehmen, soll er nach Schützinger nur eine „ehrwürdige Attrappe für seinen heißblütigen Stabschef Erich Ludendorff" gewesen sein. Ich kann Herrn Schützinger versichern, daß die Generalstabschefs der beiden großen Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Kronprinz Rupprecht, General Graf Schulenburg und meine Wenigkeit, zahllose Male im Großen Hauptquartier Besprechungen beigewohnt haben, die das Gegenteil bewiesen. Die Entscheidung über die zu treffenden Entschlüsse stand stets dem Generalfeldmarschall zu und wurde vom General Ludendorff regelmäßig eingeholt, bevor Aenderungen von Bedeutung getroffen wurden. **Sehr oft griff Hindenburg persönlich in die Verhandlungen ein und sprach in klarer bestimmter Form sein Urteil aus, den Nagel immer auf den Kopf treffend.** Im Sommer 1918, als unsere Lage im Westen kritisch wurde, zeigte er sich in der ganzen Größe seines starken Charakters. Ich erinnere mich, daß er persönlich eines Tages uns Generalstabschefs die Notwendigkeit entschlossenen Widerstandes mit einer Deutlichkeit klar machte, die nichts zu wünschen übrig ließ.

Schützinger beruft sich auf Oberst Bauer, der sich über den Feldmarschall absprechend geäußert habe. Nun ist Oberst Bauer eine leidenschaftliche, durch und durch subjektiv urteilende Persönlichkeit, deren Aeußerungen durchaus nicht ohne weiteres als Geschichtsquelle betrachtet werden können. Oberst Bauer hat es dem Feldmarschall verdacht, daß er im Herbst 1918 „dem neuen Kurs" gefolgt und sich „der Regierung Ebert zu Verfügung gestellt" habe. Das hat sein Gesamturteil über Hindenburg wesentlich beeinflußt. Inbezug auf dessen Feldherrntätigkeit muß aber auch Bauer feststellen, daß er eine ausgesprochene Gabe besessen habe, das Gute sofort herauszufühlen und zu vertreten, und daß er in militärischen Fragen nie geschwankt habe. Jeder kriegserfahrene Soldat weiß, daß